

Presseaussendung vom 18.4.2017

Vorsorge gegen Frostschäden im Wein und Obstbau

Agrarlandesrätin Dunst informiert zum Räuchern durch das Abbrennen von Strohballen

Eisenstadt/Neusiedl, 18. April 2017. Nach den verheerenden Frostschäden im vergangenen Jahr, besteht auch in den nächsten Tagen für die burgenländischen Winzer wie auch Obstproduzenten erneut die Gefahr von Frostschäden. Der Gesetzgeber sieht hier ausdrücklich als mögliche Maßnahme des Frostschutzes das Räuchern, üblicherweise durch das Abbrennen von Strohballen vor. Es handelt sich hierbei um eine erlaubte Ausnahme vom sonst bestehenden Verbot des Abbrennens biogener Stoffe – eine einzelne Genehmigung durch die Bezirkshauptmannschaft ist nicht notwendig. Agrarlandesrätin Verena Dunst: „Oft ist das Räuchern die einzige Möglichkeit, die den Winzern und Obstproduzenten zum Frostschutz zur Verfügung steht. Nach den Frostschäden 2016 stehen dieses Jahr die Existenzen vieler Betriebe auf Messers Schneide, deshalb appelliere ich an die Bevölkerung mit Verständnis auf etwaige Beeinträchtigungen zu reagieren.“ Die örtlichen Weinbauvereine werden aufgerufen dringend die enge Abstimmung mit den Gemeinden, Feuerwehren und Polizeidienststellen zu suchen.

Besonders im Bezirk Neusiedl am See wurden bereits viele Strohballen in den Weingärten ausgebracht. Die zuständige Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Sicherheitsvorkehrungen der Burgenländischen Verbrennungsverbots-Ausnahme-Verordnung (etwa Anwesenheit von volljährigen Aufsichtspersonen, Mindestabstände zu benachbarten Gebäuden usw.) einzuhalten sind und jedenfalls darauf Bedacht zu nehmen ist, dass durch die Rauchentwicklung die Verkehrssicherheit auf benachbarten Straßen nicht beeinträchtigt wird.

Trotzdem besteht besonders Donnerstag und Freitag in den Morgenstunden die Möglichkeit von Sichtbehinderung durch extreme Rauchentwicklung sowie weitreichenden Verzögerungen im Straßenverkehr. „Sicherheit geht natürlich vor, im Zweifelsfall stehen wir selbstverständlich voll und ganz hinter den Entscheidungen unserer Polizei“, so Landesrätin Dunst abschließend.